



Projekt: Sanierung der Wasgauhalle –
3- Feld Sporthalle in der Messehalle 5A

Bauherr: Messe Pirmasens GmbH
Zeppelinstrasse 11
66953 Pirmasens

Architekt:

Vertragsbedingungen Objektplanung (Architektenleistungen)
Stand 21.04.2026

Zwischen der
Messe Pirmasens GmbH
Zeppelinstrasse 11
66953 Pirmasens
- vertreten durch den Geschäftsführer
Herrn Guido Frey -
-- Auftraggeber --

Und

-- Auftragnehmer --

Präambel:

Beim Projekt Sanierung der Wasgauhalle (3- Feld Sporthalle im der Messehalle 5A) wurde bereits ein Teil der Objektplanung im Rahmen einer Voruntersuchung bearbeitet.
Aufgrund geänderter Projektrahmenbedingungen werden die noch ausstehenden Leistungen im Rahmen diesen Verfahrens neu ausgelobt.

Nachfolgend sind die Vertragsbedingungen zu dieser freiberuflichen Leistung aufgeführt.

§ 1

Vertragsgegenstand (Vertragsbedingungen)

Gegenstand der Vertragsbedingungen ist das Bauvorhaben:

“Sanierung der Wasgauhalle – 3 Feldsporthalle im der Messehalle 5A“

Ort und Straße: **66953 Pirmasens, Zeppelinstrasse 11**

Bauherr: **Messe Pirmasens GmbH**

Art und Umfang des Bauvorhabens:

Sanierung einer 3- Feld-Sporthalle.

Der Architekt schuldet aus diesem Vertrag:

Die vollständige und fachgerechte Realisierung der ihm in § 2 dieses Vertrages beauftragten Leistungen im Rahmen des oben genannten Bauvorhabens.

Insbesondere schuldet der Architekt die mangelfreie Umsetzung der in der Auslobung beschriebenen Leistungen und Anforderungen.

Der Architekt schuldet die rechtzeitige und fachgerechte Überprüfung der Realisierbarkeit des Bauvorhabens und die jederzeitige Überarbeitung seiner Planung zum Zweck der mangelfreien Realisierung des Projekts. Alle hieraus entstehenden Honoraransprüche werden durch das in diesem Vertrag vereinbarte Honorar abgegolten.

§ 2

Leistungen des Auftragnehmers

2.1 Leistungsgegenstand nach den Leistungsphasen 1 - 3, 5- 8 und 9 der HOAI, stufenweise Beauftragung.

Der Auftraggeber überträgt dem Auftragnehmer zur Erreichung des in § 1 dieses Vertrages vereinbarten Werkerfolgs, stufenweise die Leistungen folgender Leistungsphasen gemäß § 34 HOAI für das Leistungsbild „Gebäude und Innenräume“ in Verbindung mit der Anlage 10 der HOAI in der jeweils neuesten Fassung.

Die Beauftragung erfolgt in Leistungsstufen.

Der Auftraggeber behält sich vor, die Beauftragung auf Teilleistungen einzelner Leistungsstufen oder auf einzelne Abschnitte der Baumaßnahme zu beschränken.

2.2

Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit Vertragsschluss, zunächst mit der Erbringung folgender Leistungsphasen, in der **Leistungsstufe 1**:

➤ LPH 1-3 (gem. der Ausschreibung):

Grundlagenermittlung, Vorplanung und Entwurfsplanung

(LPH 4 entfällt, da das Vorhaben nicht genehmigungspflichtig ist. Die Einhaltung öffentlich – rechtlicher Vorschriften wie z.B. Klassifikation der Bauteile bzw. Baustoffe hinsichtlich Brand- und Schallschutz ist obligatorisch)

2.3

Der Auftraggeber beabsichtigt, vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Finanzmittel/ Fördermittel bzw. der Genehmigung oder weiterer Gremienbeschlüsse, bei Fortsetzung der Planung und Ausführung der Baumaßnahme den Auftragnehmer mit weiteren, noch nicht beauftragten Leistungen - in weiteren Leistungsstufen – zu beauftragen.

Diese weitere Beauftragung erfolgt jeweils schriftlich durch einseitigen Abruf, mittels eines gesonderten Schriftsatzes. Nicht durch besonderen Schriftsatz freigegebene Leistungsphasen gelten weiterhin als nicht übertragen und bedürfen keiner Kündigung.

Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber rechtzeitig auf die Notwendigkeit der Anschlussbeauftragung hinzuweisen.

2.4

Leistungsphasen, die noch in weiteren Leistungsstufen beauftragt werden können:

Leistungsstufe 2:

- **LPH 5 Ausführungsplanung**
- **LPH 6 Vorbereitung der Vergabe**
- **LPH 7 Mitwirkung bei der Vergabe (in Teilen)**
- **LPH 8 Objektüberwachung – Bauüberwachung und Dokumentation**

sowie **Leistungsstufe 3:**

- **LPH 9 Objektbetreuung**

Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung weiterer Leistungsstufen besteht nicht.

Dem Auftragnehmer stehen keine Ansprüche auf Abruf von Leistungsphasen zu, er kann auch aus der stufenweisen Beauftragung oder Nichtbeauftragung keinerlei weitergehenden Rechte, gleich welcher Art, herleiten.

Der Auftraggeber bleibt frei in seiner Entscheidung, ob er den Auftragnehmer oder einem Dritten mit den weiteren Leistungen beauftragt.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Leistungen der weiteren Leistungsstufen vertragsgemäß zu erbringen, wenn der Auftraggeber sie ihm überträgt.

Aus der stufenweisen Beauftragung kann der Auftragnehmer keine Erhöhung seines Honorars oder sonstiger Ansprüche ableiten.

Das Ergebnis jeder Leistungsphase ist mit dem Auftraggeber zu erörtern.

Die Inhalte der jeweiligen Erörterung sind zu protokollieren. Die jeweilige Erörterung ist keine Abnahme von Teilleistungen und ersetzt nicht die Abnahme gemäß § 10 dieses Vertrages.

§ 3

Vollmachterteilung

Ohne weitere schriftliche Vereinbarung ist der Architekt zu folgenden Handlungen in Vollmacht des Auftraggebers berechtigt:

- Rüge von Mängeln, Zurückweisung unberechtigter Behinderungsanzeigen und unberechtigter Nachtragsanforderungen, (jede Rüge und Zurückweisung erfolgt in Durchschrift auch an den Auftraggeber),
- In-Verzug-Setzung bei Nichteinhaltung der Ausführungsfristen,
- (technische) Abnahme geleisteter Arbeiten, in Vorabstimmung mit dem Auftraggeber, ob ein Vertreter des Auftraggebers, bei der Abnahme anwesend ist.

Bevor der Architekt in Ausübung der ihm erteilten Vollmacht handelt, ist in jedem Fall eine Vorabstimmung mit dem Auftraggeber erforderlich.

§ 4

Beauftragung von Sonderfachleuten

4.1

Bislang ist neben der Beauftragung des Objektplaners die Beauftragung folgender Sonderfachleute vorgesehen, bei Bedarf können ggf. weitere notwendige Beauftragungen erfolgen.

- TGA- Planung Elektro und Beleuchtung
- BK- Brandschutzbeauftragter
- SiGeKo

Sowohl bei der Beauftragung der bislang vorgesehenen Sonderfachleute, als auch bei Bedarf weitergehender Beauftragungen ist in jedem Fall eine vorherige Genehmigung durch den Auftraggeber erforderlich.

4.2

Falls der Auftragnehmer den Einsatz von Sonderfachleuten als notwendig erachtet, hat er dem AG solche und deren Einsatz nach Termin und Umfang, der von diesen zu bearbeitenden Sonderaufgaben, vorzuschlagen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber unaufgefordert schriftlich entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

4.3

Der Auftragnehmer hat die Arbeiten der Sonderfachleute und ihre Arbeitsergebnisse, die unmittelbar seine Leistung betreffen, sachlich und terminlich zu koordinieren und in seine Leistungen einzuarbeiten.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Sonderfachleuten in erforderlichem Maß Auskunft zu geben, Einblick in seine Unterlagen zu gewähren und seine Planung in Zusammenarbeit mit ihnen aufzustellen.

§ 5

Termine, Fristen

5.1

Für die Erbringung der Leistungen des Auftragnehmers werden erforderliche Termine und Fristen während des Planungs- und Bauablaufes zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer verbindlich vereinbart. Hier ist besonders zu beachten, dass die Sporthalle durch Schulen und Vereine genutzt wird, die keine Ausweichmöglichkeiten haben, wodurch die Halle voraussichtlich nur in den Sommermonaten für Baumaßnahmen gesperrt werden kann.

5.2

Die unter 5.1 vereinbarten Fristen sind Vertragsfristen. Daher gerät der Auftragnehmer bei schuldhaftem Überschreiten der Fristen in Leistungsverzug.

Nach § 286 Abs. 4 BGB hat der Auftragnehmer nachzuweisen, dass er nicht schuldhaft in Verzug geraten ist.

5.3

Im Übrigen gelten die Fristen und Termine des im Einvernehmen mit dem Auftragnehmer festgelegten Planungszeitenplans, Bauzeiten-/Netzplans.

§ 6

Honorar des Auftragnehmers

6.1 Der Honorarermittlung wurden zu Grunde gelegt:

- 1) die nach § 2 dieses Vertrages übertragenen Leistungen und Leistungsphasen;
- 2) die nach §§ 4 und 33 HOAI zu ermittelnden anrechenbaren Kosten ohne Umsatzsteuer;
- 3) folgende Honorarzonen gemäß §§ 5 und 35 HOAI: Honorarzone **III**
- 4) Grundlage ist der **der Basissatz**.
- 5) Folgende Zuschläge bzw. Abschläge zu den Honorarsätzen wurden berücksichtigt:
Ein Zuschlag bzw. die Höhe eines Zuschlages für Umbauten und Modernisierung ergibt sich aus dem Angebot im Rahmen des VgV- Verfahrens.
In diesem vereinbarten Umbau- und Modernisierungszuschlag bzw. Instandhaltungs- und Instandsetzungszuschlag, ist der Anteil der mitzuverarbeitenden Bausubstanz angemessen berücksichtigt.
- 6) Hinweis zu LPH 7
In Leistungsphase 7, werden Prozentsätze entsprechend der Siemon Tabelle 2021 gekürzt, da ein Teil der Leistung durch den Auftraggeber bzw. durch die zentrale Vergabestelle (ZVS) des Auftraggebers bzw. der Stadt Pirmasens erbracht wird.
Es werden folgende Leistungen gem. der Siemon Tabelle 2021 durch den Auftragnehmer und die Zentrale Vergabestelle übernommen:
7. a) Koordinieren der Vergaben der Fachplaner \triangleq 0,25%
7. f) Zusammenstellen der Vertragsunterlagen für alle Leistungsbereiche \triangleq 0,10%
7. h) Mitwirken bei der Auftragserteilung \triangleq 0,25%

6.2 Honorare

Für die vollständige Erbringung der Leistungen des Auftragnehmers gemäß § 2 dieses Vertrages und § 3 HOAI, zunächst in der **Leistungsstufe 1** gemäß § 2.2 dieses Vertrages, wird folgendes Honorar vorläufig vereinbart:

Das Honorar ergibt sich aus den anrechenbaren Kosten der vorliegenden Kostenschätzung sowie den Parametern des Honorarangebotes entsprechend dem Honorarblatt der Auslobung.

§ 7

Nebenkosten

Nebenkosten im Sinn von § 14 HOAI und alle sonstigen Nebenkosten ergeben sich aus dem Angebot des VgV- Verfahrens

§ 8

Umsatzsteuer

8.1

Die Umsatzsteuer ergibt sich aus dem zur Auftragsausführung jeweils geltenden Umsatzsteuersatz (derzeit 19%)

8.2 Für den Fall einer Änderung der Höhe der Umsatzsteuer während der Laufzeit dieses Vertrages, besteht ein Anspruch auf Anpassung der Umsatzsteuer, jedoch aber nur für den Teil der Leistung des AN die zum Zeitpunkt der Wirksamkeit eines geänderten Umsatzsteuersatzes vom AN noch nicht erbracht ist.

Der Nettowert einer Rest-Leistung die zu einem Änderungszeitpunkt noch nicht erbracht ist und als Berechnungsgrundlage dient wird von den Vertragsparteien gemeinsam ermittelt.

§ 9

Zahlung des Honorars und der Nebenkosten

9.1 Fälligkeit

Das gesamte Honorar für die Leistungen wird fällig, wenn der Auftragnehmer die letzte Leistung vertragsmäßig erbracht, der Auftraggeber die Leistung des Architekten abgenommen hat und die prüffähige Honorarschlussrechnung vorliegt.

Das Recht des Auftragnehmers, gemäß § 15 HOAI für schriftlich nachgewiesene und vertragsgemäße Leistungen bis zu fünf Abschlagszahlungen, je Leistungsstufe, zu verlangen, bleibt unberührt. Jeder Honorarrechnung des Auftragnehmers ist eine aktuelle (zeitgleiche) Kostenermittlung für das Objekt beizufügen.

9.2

Abschlagszahlungen weisen die jeweils gültige Umsatzsteuer aus.

§ 10

Abnahme der Architektenleistung

10.1 Freigabe der Planungsunterlagen

Die jeweilige Freigabe der Planungsunterlagen durch den Auftraggeber stellt keine Abnahme der Architektenleistung dar, da dieser zu diesem Zeitpunkt die Vertragsmäßigkeit der Planung noch nicht beurteilen kann.

10.2 Zeitpunkt der Abnahme

10.2.1 Der Auftraggeber nimmt die Leistungen des Auftragnehmers nach Erbringung der beauftragten Leistung ab; Voraussetzung ist, dass die Leistungen abnahmefähig fertig gestellt sind und keine wesentlichen Mängel erkennen lassen. Abgesehen vom gesetzlich geregelten Fall in § 650s BGB (Teilabnahme nach Abnahme der letzten Leistung des bauausführenden Unternehmers oder der bauausführenden Unternehmer) hat der Auftragnehmer auf Teilabnahmen keinen Anspruch.

10.2.2 Die Abnahme hat gemeinsam und förmlich zu erfolgen. Das Ergebnis der Abnahme ist nach

gemeinsamer Verhandlung in einem Protokoll festzuhalten; im Protokoll sind vorhandene Mängel festzustellen und die vertraglichen Erfüllungsansprüche vorzubehalten. Jede Partei erhält eine Ausfertigung des Protokolls.

10.2.3 Die Abnahmewirkungen treten auch ein, wenn der Auftraggeber dem Auftragnehmer in Textform erklärt, dass er die Leistungen des Auftragnehmers als vertragsgemäß anerkennt.

10.3 Durchführung der Abnahme des Architektenwerks

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den Abschluss der letzten Leistungsphase nachzuweisen und daraufhin den Auftraggeber unter Fristsetzung zur Erklärung der Abnahme aufzufordern.

Als Erklärungsfrist wird eine Frist von 4 Kalenderwochen ab dem nachgewiesenen Zugang der Aufforderung beim Auftraggeber vereinbart.

Erst nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist gilt das bis dahin erbrachte Architektenwerk als abgenommen.

Endet die Beauftragung des Auftragnehmers mit einer Leistungsphase vor der Leistungsphase 9, gilt das zuvor, für die Abnahme vereinbarte, anlog für die letzte beauftragte Leistungsphase.

Außerhalb dieses Abnahme- Verfahrens kommt eine andere Form der Abnahme oder Teilabnahme, insbesondere eine konkludente Abnahme, nicht in Betracht.

§ 11

Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers

11.1 Erbringen des Werkerfolgs

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine vertraglichen Leistungen so zu erbringen, dass der Werkerfolg eintritt. Dabei hat er die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst und Technik zum Zeitpunkt der Abnahme der Bauleistung zu beachten.

Er hat die Vorgaben des Auftraggebers, die für das Bauvorhaben geltenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften sowie die baurechtlichen Auflagen und Bedingungen zu beachten.

Die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit sind auch im Hinblick auf die späteren Bewirtschaftungskosten zu berücksichtigen.

11.2 Unterrichtungspflicht

Der Auftragnehmer hat die Pflicht, den Auftraggeber über alle bei der Durchführung seiner Aufgabe wesentlichen Angelegenheiten zu unterrichten. Wenn erkennbar wird, dass die erwarteten Baukosten überschritten werden, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich zu benachrichtigen und auf Einsparungsmöglichkeiten hinzuweisen.

Auf Verlangen hat der Auftragnehmer jederzeit über die entstandenen und noch zu erwartenden Baukosten Auskunft zu erteilen.

11.3 Notwendige Überarbeitungen der Unterlagen

Notwendige Überarbeitungen der Unterlagen begründen keinen Anspruch auf zusätzliches Honorar.

Die jeweils überarbeiteten Unterlagen sind dem Auftraggeber in Papierform und in digitaler Form (jpg; dwg; GAEB und PDF-, Word- bzw. Excel-Dateien) zu übergeben.

Zur einheitlichen Verwendbarkeit der Planung, sind die CAD-Standards des Auftragsgebers bei der CAD-Planung einzuhalten. Die zu verwendenden Standards sind vor der Planerstellung mit dem Auftraggeber abzustimmen.

11.4 Bautagebuch

Der Architekt verpflichtet sich zur Führung eines Bautagebuchs, welches dem Bauherrn wöchentlich vorzulegen ist.

Der Architekt schuldet in diesem Zusammenhang die taggenaue Tagebuchführung. Er hat dem Bauherrn oder dessen Bevollmächtigten auf deren Anfrage hin das Bautagebuch jederzeit vorzulegen und deren Fragen hierzu erschöpfend zu beantworten.

Angaben in Anlage A sind zu beachten.

§ 12

Ausschreibung und Vergabe

12.1 Bestimmung der Vergabeart

Die Bestimmung der Vergabeart richtet sich nach den aktuell geltenden Vorschriften und gesetzlichen Regelungen. Bei Vergabeverfahren bei denen die Anzahl der Teilnehmer beschränkt werden kann, bedarf die Auswahl der in Betracht kommenden Unternehmer, der gemeinsamen Abstimmung.

Der Auftraggeber entscheidet über die Beteiligung, der vom Auftragnehmer vorgeschlagenen Unternehmen, an der Ausschreibung.

12.2 Festlegen der Vergabe- und Vertragsunterlagen

Der Auftraggeber legt in Abstimmung und nach Beratung durch die zentrale Vergabestelle (ZVS) der Stadt Pirmasens die Bestandteile und Inhalte der Vergabe- und Vertragsunterlagen fest und teilt dem Auftragnehmer die Erfordernisse für die Erstellung der Leistungsbeschreibungen zur Vorbereitung des Vergabeverfahrens mit.

Leistungsbeschreibungen sind immer auch in Form einer GAEB-Datei für das Vergabeverfahren bereit zu stellen.

Die Vergabe- und Vertragsunterlagen müssen vom Auftragnehmer, in bereits endgültig mit dem Auftraggeber abgestimmter Form, vollständig, mindestens 10 Tage vor dem Tage der Veröffentlichung beim Auftraggeber vorgelegt werden. Tag der Veröffentlichung ist in der Regel immer ein Donnerstag.

12.3 Vergabevorschlag

Die Ergebnisse der Ausschreibung sind von dem Auftragnehmer in einem schriftlichen Vergabevorschlag, nach formaler, rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung der Angebote unter Beachtung des öffentlichen Vergaberechts dem Auftraggeber zur Entscheidung vorzulegen.

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber etwaige Bedenken gegen die Zuverlässigkeit oder die Leistungsfähigkeit von Bietern oder wegen der Angemessenheit der Preise unverzüglich mitzuteilen und ihn zu unterrichten, wenn Preisabreden zu vermuten sind.

12.4 Anrecht des Auftraggebers auf Überlassung von Unterlagen

Der Auftraggeber hat Anspruch auf Überlassung aller zu einem Unternehmerauftrag gehörenden Unterlagen, wie z.B. berechtigtes Angebot, Niederschriften etwaiger Verhandlungen usw.

12.5 Aufträge an Unternehmer

Die Aufträge an die Unternehmer erteilt der Auftraggeber auf Grund der vom Auftragnehmer ausgearbeiteten Unterlagen.

§ 13

Urheberrecht

13.1 Gemeinsames Veröffentlichungsrecht

Der Auftraggeber hat das Recht zur Veröffentlichung aller vom Auftragnehmer im Rahmen der Projektbearbeitung erarbeiteten Unterlagen unter Namensangabe des Auftragnehmers, bzw. nach Rücksprache mit dem Auftragnehmer auch ohne Namensangabe.

Der Auftragnehmer bedarf zur Veröffentlichung der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Sie kann nur aus wichtigem Grund verweigert werden.

13.2 Recht des Auftraggebers zur Nutzung überlassener Unterlagen und des Bauwerkes

Der Auftraggeber darf die Unterlagen für die im Vertrag genannte Baumaßnahme ohne Mitwirkung und ohne besondere Zustimmung des Auftragnehmers nutzen und ändern; dasselbe gilt auch für das ausgeführte Werk.

Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer vor wesentlichen Änderungen eines nach dem Urheberrecht geschützten Werkes – soweit zumutbar anhören.

Dies gilt auch soweit der Auftragnehmer nur mit Teilen der Planung oder Ausführung des Bauvorhabens beauftragt ist oder das Vertragsverhältnis vor Beendigung des Bauvorhabens beendet wird. In diesem Fall ist der Auftraggeber berechtigt, wie im vorherigen Absatz beschrieben, die Unterlagen zu nutzen, anzupassen oder zu verändern.

Gleiches gilt, wenn das Bauvorhaben verändert wird, die Unterlagen aber noch als Grundlagen weiterer Planungs- oder Ausführungsleistungen Dritter genutzt werden können.

Eine besondere Vergütung hierfür wird in keinem Fall geschuldet.

§ 14

Verantwortlicher Bauleiter/Hausrecht

14.1 Objektplaner als Bauleiter

Ist dem Auftragnehmer die Objektüberwachung (Bauüberwachung; Leistungsphase 8) übertragen worden, so ist er damit verantwortlicher Bauleiter im Sinn des jeweiligen Landesrechts.

Diese Leistungen sind mit dem Honorar abgegolten.

Eventuell erforderliche Fachbauleiter sind vom Auftraggeber gesondert zu bestellen.

14.2 Übertragung des Hausrechts auf den Architekten

Ist dem Auftragnehmer die Objektüberwachung (Bauüberwachung) und/oder die Objektbetreuung und Dokumentation übertragen worden, so übt er für den Auftraggeber das Hausrecht auf der Baustelle aus.

Tritt die Situation ein, dass sich auf der Baustelle zeitgleich zwei oder mehrere Inhaber des Hausrechts aufhalten, die miteinander konkurrieren, so steht dem Bauleiter nach § 56a LBauO Rheinland-Pfalz das übergeordnete Hausrecht zu.

Unter – Hausrecht - ist die rechtliche Befugnis zu verstehen, über Räume und eingefriedetes Besitztum frei zu verfügen, andere am widerrechtlichen Eindringen zu hindern und jedermann, der ohne Befugnis darin verweilt, zum Verlassen zu zwingen, ein Hausverbot zu erteilen.

§ 15

Herausgabeanspruch des Auftraggebers

15.1 Anspruch auf Überlassung vervielfältigungsfähiger Unterlagen

Nach Abschluss jeder beauftragten Leistungsphase hat der Auftraggeber Anspruch auf Überlassung der in dieser Leistungsphase ausgearbeiteten Unterlagen, Pläne und Zeichnungen, in vervielfältigungsfähiger Papierform und in digitaler Form (jpg; dwg; GAEB und PDF-, Word- bzw. Excel-Dateien). Sie sind spätestens im Erörterungstermin (siehe §2) an den Auftraggeber zu übergeben. Spätestens nach Abschluss des Bauvorhabens hat der Auftraggeber Anspruch auf Überlassung der letztgültigen Bauausführungszeichnungen und Detailzeichnungen sowie der Bestandspläne und der von Sonderfachleuten ausgearbeiteten Unterlagen, in vervielfältigungsfähiger Papierform und in digitaler Form (jpg; dwg; GAEB und PDF-, Word- bzw. Excel-Dateien).

15.2 Das Bauvorhaben betreffende Unterlagen

Ferner hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber alle das Bauvorhaben betreffenden Unterlagen, insbesondere behördliche Urkunden, Originalangebote, Verträge, Vereinbarungen, Rechnungen und Ähnliches, unverzüglich zu übergeben.

15.3 Eigentumsrecht

Die vorgenannten Unterlagen werden Eigentum des Auftraggebers, soweit dieser nicht bereits Eigentümer ist. Dies gilt auch bei vorzeitiger Auflösung des Vertrags.

§ 16

Haftung/ Gewährleistung

16.1 Gesetzliche Vorschriften

Haftung und Gewährleistung des Auftragnehmers richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

16.2 Keine Berufung auf Sachkunde des Bauherrn

Der Auftragnehmer kann sich bei Fehlern oder Mängeln, für die er haftet oder die Gewährleistung trägt, nicht auf die Sachkunde des Auftraggebers berufen.

16.3 Mängelbeseitigung

Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer verlangen, dass dieser innerhalb einer ihm gesetzten angemessenen Frist für die Beseitigung der Mängel an seinem Werk sorgt, für die der Auftragnehmer die Gewährleistung trägt oder sonst einzustehen hat. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist ist der Auftraggeber berechtigt, die zur Beseitigung der Mängel erforderlichen Maßnahmen auf Kosten des Auftragnehmers zu treffen.

16.4 Minderung

Ist die Beseitigung eines Mangels nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich, so kann der Auftraggeber entweder die Honorare mindern oder Entschädigung in Geld verlangen.

16.5 Schadenersatz

Ansprüche auf Ersatz des weitergehenden Schadens sowie sonstige Rechte nach dem Werkvertragsrecht des BGB bleiben unberührt.

16.6 Verjährung der Haftungs- und Gewährleistungsansprüche

Die Verjährung der Haftungs- und Gewährleistungsansprüche bestimmt sich nach dem Werkvertragsrecht des BGB.

§ 17

Haftpflichtversicherung

17.1 Nachweis des Abschlusses

Zur Sicherung etwaiger Ersatzansprüche aus dem Vertrag hat der Auftragnehmer unverzüglich eine Haftpflichtversicherung durch Vorlage einer entsprechenden Bestätigung einer Versicherungsgesellschaft nachzuweisen, die der Überprüfung durch das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen unterliegt.

Der Versicherungsschutz muss alle Schäden, auch mittelbare und Drittschäden sowie Vor- und Spätschäden je Einzelschadensfall bis zur Höhe der wie folgt vereinbarten Deckungssummen umfassen:

für Personenschäden **3 Millionen** Euro,

für sonstige Schäden **1 Million** Euro.

Die Versicherungssummen müssen jeweils mindestens zweimal jährlich zur Verfügung stehen.

Diese Beträge müssen für das Vorhaben nach § 1 dieses Vertrages, für alle beauftragten Leistungsphasen zur Verfügung stehen. Vor Auftragsbeginn hat der Auftragnehmer durch geeignete Bescheinigung der Versicherung schriftlich nachzuweisen, dass hinsichtlich des Vertragsgegenstands und aller Leistungen des Auftragnehmers Versicherungsschutz besteht.

Der Architektenvertrag kommt erst nach Vorlage einer entsprechenden Haftpflichtversicherung wirksam zustande.

Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn die Deckung nicht mehr in der vereinbarten Höhe besteht.

17.2 Deckung während der Vertragszeit

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Haftpflichtversicherung für die Dauer des Vertrags zu unterhalten. Vor dem Nachweis einer vertragsgemäßen Deckung des Haftpflichtrisikos hat der Auftragnehmer keinen Anspruch auf Zahlung des Honorars.

Der Auftraggeber ist während der Dauer des Vertrages jederzeit berechtigt, sich die regelmäßige Zahlung der Versicherungsbeträge sowie den Fortbestand der Haftpflichtversicherung vom Auftragnehmer nachweisen zu lassen.

17.3 Nachunternehmer/ Subunternehmer

Setzt der Auftragnehmer einen Nachunternehmer oder Subunternehmer für Teile der des Auftrages ein, so haben diese auch eine Haftpflichtversicherung mit entsprechender Deckung nachzuweisen. Der Nachweis ist unaufgefordert dem Auftraggeber vorzulegen.

§ 18

Abtretung von Ansprüchen

18.1 Zustimmung des Auftraggebers

Die Abtretung von Ansprüchen des Auftragnehmers aus diesem Vertrag an Dritte ist nur mit Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

§ 19

Kündigung

19.1 Ordentliche Kündigung

Die ordentliche Kündigung richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen und muss schriftlich per Übergabeeschreiben erfolgen.

19.2 Honorierung bei ordentlicher Kündigung

Im Fall der ordentlichen Kündigung nach § 649 BGB erhält der Auftragnehmer für die übertragenen Leistungen das vereinbarte Honorar. Er muss sich jedoch dasjenige anrechnen lassen, was er in Folge der Aufhebung des Vertrages an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt.

Es wird vermutet, dass danach dem Auftragnehmer 5 von Hundert der auf den noch nicht erbrachten Teil der Werkleistung entfallenden Vergütung zustehen (§ 648 S. 3 BGB).

Den Parteien bleibt die Möglichkeit, höhere oder niedrigere ersparte Aufwendungen oder anderweitigen oder böswillig unterlassenen anderweitigen Erwerb nachzuweisen. Insoweit verbleibt es bei den Darlegungs- und Beweislastregeln des BGB.

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber das gekündigte Auftragsverhältnis schriftlich und nachprüfbar unter Auflistung der ersparten Aufwendungen abzurechnen.

19.3 Vom Auftragnehmer zu vertretene Kündigung

Hat der Auftragnehmer den Kündigungsgrund zu vertreten, so sind nur die bis dahin vertragsgemäß erbrachten, in sich abgeschlossenen und nachgewiesenen Leistungen, soweit sie vom Auftraggeber verwertet werden können, zu vergüten und die für diese nachweisbar entstandenen notwendigen Nebenkosten zu erstatten.

Darüber, ob die bereits vertragsgemäßen Leistungen des Auftragnehmers vom Auftraggeber verwertet werden können, entscheidet ein unabhängiger Sachverständiger, der vom Auftragnehmer bestellt wird.

§ 9 HOAI findet keine Anwendung.

Der Schadenersatzanspruch des Auftraggebers bleibt unberührt und berechtigt diesen, bei entsprechendem schriftlichem Nachweis zum Einbehalt des ausstehenden Honorars mindestens in Höhe des 2-fachen des voraussichtlichen Schadens. (Auf § 641 Absatz 3 BGB wird verwiesen.)

Jede Art der Kündigung bedarf der Schriftform und Zustellung per Übergabeeschreiben.

19.4 Abnahme nach erfolgter Kündigung

Ist eine Kündigung rechtskräftig erfolgt, wird die Abnahme der bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Kündigung vom Auftragnehmer erbrachten vertragsgemäßen Leistungen erforderlich.

Die Abnahme der bis dahin vertragsgemäß erbrachten Leistungen erfolgt analog der Vorgaben in § 10.3 des Vertrages.

Mit der Erklärung der Aufforderung zur Abnahme, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber schriftlich, mit der Vorlage aller Unterlagen über die erbrachte Leistung zu dokumentieren, welche Leistungen aus Sicht des Auftragnehmers, bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Kündigung erbracht wurden.

§ 20

Erfüllungsort/Nebenbestimmungen

20.1 Erfüllungsort

Erfüllungsort für die Leistungen des Auftragnehmers ist die Baustelle in Pirmasens, soweit die Leistungen dort zu erbringen sind.

Im Übrigen der Sitz des Auftraggebers in Pirmasens.

20.2 Salvatorische Klausel

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrags unwirksam sein, so wird hiermit nicht der gesamte Vertrag unwirksam. Vielmehr verpflichten sich die Parteien bereits jetzt, die unwirksame Vertragsbestimmung durch eine wirksame Klausel zu ersetzen, die der unwirksamen Vertragsbestimmung wirtschaftlich am nächsten kommt.

20.3 Schriftform

Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Abänderung dieser Klausel.

(Ort, Datum)
Geschäftsführer Messe Pirmasens GmbH
Guido Frey (Auftraggeber)

(Ort, Datum)
(Auftragnehmer)

Anlage A

Beschriebene Anforderungen, die der Architekt zu leisten hat (Aufgabenprofil)

Gegenstand dieses Vertrages sind alle Planungsleistungen der Ausschreibung.

Zunächst beauftragt die **Leistungsstufe 1 gem. §2.2** für die Baumaßnahme „**Sanierung der Wasgauhalle (3- Feld- Sporthalle in der Messehalle 5A)**“ – hier Objektplanung gemäß § 34 HOAI.

Die Anforderungen an das Projekt sind in den Auslobungsunterlagen Verfahrens beschrieben und bilden die Grundlage der Projektumsetzung mit den entsprechenden Anforderungen und Zielsetzungen.

Die ergänzende Genehmigungsplanung und die weiterführende Planung/ Projektbearbeitung, sind in enger Abstimmung mit der Messe Pirmasens, den Fachplanern und dem Brandschutzbeauftragten und nach deren Vorgaben zu erstellen.

Insbesondere sind folgende Leistungen, nach Vorgaben Messe Pirmasens GmbH, zu erarbeiten und während aller Leitungsphasen fortlaufend fortzuführen, bis zum endgültigen Projekt- Abschluss:

Planungszeitenplan [PzP]

- der PzP ist als fortlaufender Plan, projektbegleitend aufzustellen, durch Änderungen und Ergänzungen der Planung, jeweils zu vervollständigen (Sollbereich). Er ist grundsätzlich als -Soll/Ist – Planung - anzulegen, das heißt, der Soll-Bereich wird so eingetragen, dass alle Korrekturen/ Überarbeitungen fortlaufend erkennbar bleiben.

Der Ist-Bereich erhält die Einträge, mit den Zeiten zu denen die Planung tatsächlich erfolgt ist/ bearbeitet wurde und zu denen die einzelnen Leistungsphasen tatsächlich zum Abschluss gebracht wurden.

Die inhaltliche Ausgestaltung/ Ausführung, erfolgt nach den Vorgaben des Auftraggebers.

Bauzeitenplan [BzP]

– das Gleiche wie unter PzP gesagte, gilt auch für den BzP.

Fortführung des Raumbuches [RB]

Das Raumbuch, ist während allen Leistungsphasen fortzuschreiben und mit Beiträgen der an der Planung fachlich beteiligten zu ergänzen.

Das Raumbuch enthält Eintragungen jeweils mit Datumangaben, gegliedert nach Planungsphasen und nach Losen. Geänderte Einträge werden durchgestrichen und durch neue Einträge mit neuer Datumsangabe ersetzt.

Innenraumansichten [IRA]

- sind mit der Vorentwurfsplanung für ausgewählte Innenräume, nach Vorgabe der Messe Pirmasens GmbH zu erstellen und in allen Planungsphasen fortzuschreiben und zu ergänzen, auch mit Beiträgen an der Planung fachlich beteiligter.

Anmerkungen zum Bautagebuch [BtB] –

-das Bautagebuch ist nach den Vorgaben der Messe Pirmasens zu führen und durch Beiträge an der Planung und der Baudurchführung fachlich Beteiligter zu ergänzen.

Es ist mindestens einmal wöchentlich dem Auftraggeber zu übergeben.

Zum Anforderungsprofil des AN gehört auch, die Erläuterung und Präsentation der Planung, sowie Erläuterungen von Vorgehensweisen und Sachstandsberichte, bei Bedarf, auch in verschiedenen Gremien der Stadt Pirmasens (ca. 6 Termine).

Fördermaßnahmen

Da in diesem Projekt Fördermaßnahmen zur Anwendung und Umsetzung kommen, die entsprechend unterschiedlichen Förderbestimmungen unterworfen sind, wird an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, dass unter anderem auch differenzierte Abrechnungen, Abnahmen usw. erforderlich werden.

Alle öffentlich-rechtlichen Vorschriften wie z.B. Bauordnungsrecht, Brandschutz, Unfallverhütungsvorschriften usw. und die anerkannten Regeln der Technik müssen bei allen Leistungen berücksichtigt werden.